

Mitteilung an die Presse

Das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung veröffentlicht nachstehend den Wortlaut einer Rede, die Bundeskanzler Dr. Adenauer heute vor dem Senat der Vereinigten Staaten von Amerika gehalten hat:

Herr Präsident,
Mitglieder des Senats,

Ich danke Ihnen herzlich für die Gelegenheit, vor Ihnen zu sprechen. Diese Gelegenheit ist eine Auszeichnung für mich und mein Land. Ich möchte sie nutzen, um Ihnen die großen Linien unserer Politik mit einigen Sätzen zu erläutern. Ich hoffe damit zu jenem Verständnis beizutragen, das die Grundlage wahren Vertrauens ist. Zugleich wird sich, so hoffe ich, zeigen, wie tief die Verwandtschaft der Grundauffassungen ist, die die amerikanische und die deutsche Politik kennzeichnen.

Der erste Leitgedanke unserer Politik ist Freiheit. Wenn es auch Meinungsverschiedenheiten darüber gibt, auf welchen Wegen die Freiheit am besten gesichert und bewahrt werden kann, und wenn die von mir geführte Regierung auch manche der von einigen politischen Parteien und Gruppen propagierten außenpolitischen Wege für gefährlich hält, so gibt es doch in dem aufrichtigen Willen zur Freiheit keine Meinungsverschiedenheit unter den Deutschen. Seit den Bundestagswahlen des Jahres 1949 ist es klar und erwiesen, wo die Bundesrepublik in der großen weltweiten Auseinandersetzung zwischen Freiheit und Knechtschaft steht. Denn es ist der tiefere Sinn jener Entscheidung des deutschen Volkes gewesen. Als dann das deutsche Volk wieder staatliche Formen gewann, als es wieder Organe bekam, um seinen Willen kundzutun, war die Welt in zwei große Lager zerfallen. Ja die Grenze, die die demokratische Welt von dem kommunistischen Machtbereich trennt, lief mitten durch unser Land und unser Volk. Sie trennte uralte Kulturgebiete von uns ab, Gebiete, aus denen Ströme schöpferischen geistigen Lebens unsere abendländische Kultur befruchtet haben. Das deutsche Volk zögerte nicht, seine Entscheidung ganz unzwei-

deutig zu vollziehen. Schon seit den Wahlen von 1953 gibt es in unserem frei gewählten Parlament keinen einzigen Kommunisten. Zwei schmerzliche Erfahrungen haben dem deutschen Volk bei dieser Entscheidung geholfen: Die Erfahrungen mit der totalitären Gewaltherrschaft, die wir während des nationalsozialistischen Regimes machten, und die tägliche Berührung mit dem, was Kommunismus in Wahrheit ist, in Gestalt der kommunistischen Gewaltherrschaft in der Sowjetzone Deutschlands. Aber nicht nur in dieser Abwehr hat der Freiheitswille des deutschen Volkes Ausdruck gefunden, sondern positiv floß hieraus sein Entschluß, sich mit den anderen freiheitlichen Völkern aufs engste zu verbinden. Dafür gibt es kein kräftigeres Zeichen als die stets nahezu von der großen Mehrheit des deutschen Volkes und seiner gewählten Vertretung unterstützte Politik der europäischen Einigung, die die Bundesrepublik seit ihrem Bestehen betreibt. Sie hat sich an allen europäischen Organisationen beteiligt: Europarat, OEEC und der Integration der Sechs. Diese integrierten Gemeinschaften, die Kohle- und Stahlgemeinschaft und die hoffentlich bald ins Leben tretenden Gemeinschaften des Gemeinsamen Marktes und von EURATOM, sind besonders charakteristisch, weil hier die Bundesrepublik auf Teile ihrer staatlichen Souveränität zugunsten höherer europäischer Gemeinschaften verzichtet. Zum Ruhme der Weitblickenden unter unseren Verfassungsgebern können wir heute feststellen, daß unser Grundgesetz bereits eine Bestimmung vorgesehen hat, die Übertragungen von Souveränität durch einfaches Gesetz gestattet. Das war ein großer Entschluß. Er bedeutete nicht weniger als eine Absage an den für die zersplitterte europäische Staatenwelt nicht mehr zeitgemäßen Gedanken, daß der Nationalstaat die letzte und höchste Größe des politischen Lebens sei - eine Idee, die Europa in der Vergangenheit unsagbar viel Gut und Blut gekostet hat. Wir sind froh, daß der Gedanke einer größeren europäischen Heimat vor allem in unserer Jugend Wurzeln geschlagen hat. In den europäischen Lösungen ist unsere Bindung an die freiheitliche Welt wahrhaft unlöslich geworden.

Unser zweites Ziel ist Friede. Die furchtbaren Erlebnisse des unseligen Zweiten Weltkrieges sind am deutschen Volk nicht spurlos vorübergegangen. Die Millionen von Toten, die Schrecken des totalen Krieges, in dem es kein unberührtes Hinterland mehr gibt, die grauenhaften Zerstörungen unserer Städte, der Ruin unserer Wirtschaft, der Zusammenbruch der staatlichen Organisationen - all das ist im Bewußtsein des deutschen Volkes lebendig. Da aber der Friede nach einem berühmten Wort Emanuel Kants kein Naturzustand unter den Völkern ist, sondern das Ergebnis einer bewußten Anstrengung des Menschen, so hat unsere Politik alle ihr gegebenen Möglichkeiten ergriffen, um den Frieden zu sichern. Nachdem der großartige Anlauf, den die Menschheit durch die Schaffung der Vereinten Nationen genommen hatte, um Friede und Gerechtigkeit auf der Welt zu sichern, bisher noch nicht zum Ziel geführt hat, weil die Sowjets den Sicherheitsmechanismus der Vereinten Nationen durch ungezählte Vetos lahmgelegt haben, mußte man versuchen, diese Sicherung durch neben den Vereinten Nationen stehende und sie ergänzende Organisationen zu erreichen.

Die Charta der Vereinten Nationen hatte dafür in weiser Voraussicht bereits den Weg gewiesen, indem sie das Recht zur individuellen und kollektiven Selbstverteidigung bestätigte. Dieser Weg führte zur Bildung der Atlantischen Gemeinschaft. Sie ist ein Instrument des Friedens, weil sie dazu geschaffen ist, jeden Angreifer abzuschrecken. Sie tut das, indem sie die Verteidigungskraft des freien Westens so zusammenfaßt und entwickelt, daß jeder Angriff ein untragbares Risiko für den Angreifer darstellt. Diese Überlegung hat die Bundesrepublik veranlaßt, der Atlantischen Gemeinschaft beizutreten. Militärische Neigungen liegen uns völlig fern - und erst recht aggressive Absichten. Weil wir in jeder unserer militärischen Bemühung nur eine Verteidigungsanstrengung sehen, verfolgen wir auch die Gespräche über eine allgemeine kontrollierte Abrüstung mit einem lebhaften und positiven Interesse. Wenn diese Bemühungen mit einer Beseitigung der Spannungsursachen in der Welt verbunden sind,

so müssen sie schließlich dazu führen, der Welt die Sicherheit zu schenken, nach der sie verlangt: die Sicherheit des Friedens.

Der dritte Leitgedanke unserer Politik ist E i n h e i t. Sie wissen, wie schwer und drückend es auf uns lastet, daß viele Millionen Deutsche gegen alles Recht und alle Moral getrennt von uns unter kommunistischem Terror leben müssen. Um das richtig zu begreifen, muß man sich klarmachen, daß es sich um etwas ganz anderes handelt als um eine Grenzfrage, die zwischen Nachbarn zu verhandeln und zu lösen ist. Es handelt sich in erster Linie um ein menschliches Problem: um die willkürliche Auseinanderreißung von Menschen eines Volkes: Eltern leben getrennt von ihren Kindern und können nicht oder nur unter größten Mühen und Gefahren zu ihnen gelangen. Millionen von Menschen leben unter einem Regime von Rechtlosigkeit, Willkür und Sklaverei. Es handelt sich aber auch um die Vollendung des deutschen Staates selbst. Dieser ist so lange unfertig, als er sich auf das Gebiet der Bundesrepublik beschränkt. Erinnern wir uns, wie es zur Gründung der Bundesrepublik gekommen ist. Nach dem furchtbaren materiellen und seelischen Zusammenbruch, in den uns das nationalsozialistische Regime geführt hat, übernahmen die Siegermächte die oberste Gewalt in Deutschland. Während die drei westlichen Besatzungsmächte, getreu der mit der Souveränität in Deutschland übernommenen Verantwortung und ihren Prinzipien, die zugleich die Prinzipien der Vereinten Nationen sind, an die Wiedererrichtung eines deutschen Staates auf demokratischer Grundlage herangingen, mißbrauchte die Sowjetunion die ihr zugefallene Treuhandstellung und unterwarf sich die Sowjetzone. Sie tat das, indem sie dort ein ihr höriges Regime von Kommunisten einsetzte, das nur einen verschwindend kleinen Prozentsatz der Bevölkerung hinter sich hat, wie der Volksaufstand in der Sowjetzone vom 17. Juni 1953 beweist. So kam es, daß die Sowjetzone an jenem Vorgang nicht teilnahm, der schrittweise dazu führte, daß Deutschland aus einem Objekt fremder Regierungsgewalt ein selbstverantwortliches, nach demokratischen Regeln sich selbst regierendes

Subjekt des Völkerlebens wurde. Wenn wir also die Wiedervereinigung mit 17 Millionen Deutschen fordern, - Menschen, die so deutsch sind wie wir, so freiheitsliebend wie wir, und die nicht minder berichtigt sind wie wir, ihr politisches Schicksal selbst zu bestimmen -, so fordern wir damit von der vierten Siegermacht nur das, was die anderen Siegermächte uns in loyaler Erfüllung der von ihnen beim Niederbruch des deutschen Staates übernommenen Verantwortung längst freiwillig gewährt haben. Im Grunde ist das also demokratisch, was wir fordern; denn das Wesen der Demokratie ist, einem Volk, das sich als Einheit empfindet, die staatliche Form zu geben, die es ihm erlaubt, ein verantwortliches Subjekt des Völkerlebens zu sein. Und es ist zugleich ein Gebot allgemeiner Friedenspolitik. Denn erst die Bildung einer gesamtdeutschen Regierung würde den Abschluß eines Friedensvertrages erlauben, der Europa eine gerechte und demokratische Ordnung gibt, die ihm bis heute, zwölf Jahre nach dem Ende des Krieges, immer noch fehlt.

Politik ist die Kunst, das auf ethischer Grundlage als richtig Erkannte zu verwirklichen. Freiheit, Friede, Einheit - das sind die Ziele unserer Politik, einer Politik also, die nicht einem brutalen Mächttrieb oder einem nackten Egoismus folgt, sondern die großen Werte verwirklichen will, die den Fortschritt der Menschheit bestimmen.

Bonn, den 28. Mai 1957

Veröffentlicht durch das
Presse- und Informationsamt
der Bundesregierung.

Bitte Sperrfrist beachten!